

Ausgabe September 2013

# pro+kontra

## Stadtzeitung der DKP für Püttlingen

Verunsicherung durch unverblühte Drohungen und Erpressung:

### Frontalangriff der CDU/SPD-Regierung auf die Kommunen und ihre Bürger

CDU-Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer wahrt in der Öffentlichkeit einen freundlichen Umgangston, gibt sich zugänglich, gesprächs- und hilfsbereit, sie ist die nette Mitbürgerin, so wie viele Püttlinger sie schon lange kennen. Aber das ist nur die so genannte Schokoladenseite. Politisch gesehen ist sie eine eiskalte Machtpolitikerin, die rabiät und skrupellos ihre strategischen Pläne durchsetzt, vor keiner unsozialen Schandtat zurückscheut und den Menschen vorgaukelt, auf diese Weise die Existenz des Saarlandes retten zu wollen.

Unlängst hat die Ministerpräsidentin erklärt, dass es „keine Tabus“ gibt. Um die Schuldenbremse einhalten zu können, werden Arbeitsplätze beim Land vernichtet (vorerst 2.400) und öffentliche Dienstleistungen abgebaut. So soll auch bei „sozialen Fördermaßnahmen gespart werden“ (SZ v. 31.7.13). Eine nachhaltige Verbesserung der Einnahmen ist kaum zu erwarten. Die Verschuldung des Saarlandes von gegen-

wärtig fast 13 Milliarden soll bis 2020 auf 15 Mrd. Euro steigen.

Von den saarländischen Städten und Gemeinden wird ein „striker Sparkurs“ verlangt. Nach Darstellung von Innenstaatssekretär Jungmann ist in 33 von 52 Kommunen die Finanzlage „so schlecht, dass sie einen Haushaltssanierungsplan aufstellen müssen“ (SZ vom 1. 8.13). Dazu gehört auch Püttlingen, das schon seit Jahren mit Konsolidierungsplänen konfrontiert ist.

Allerdings gibt es auch elf Kommunen, die von Überschuldung bedroht sind. Jetzt soll das Kommunal selbstverwaltungsgesetz (KSVG) so geändert werden, dass die Kommunalaufsicht in solchen Fällen „größere Eingriffsbefugnisse“ erhält. Es wird sogar die „Einsetzung eines Sparkommissars“ angedroht, der dann den von oben diktierten Sparkurs durchsetzen soll.

Es ist rätselhaft, wie diese Katastrophenpolitik, die von SPD-Maas & Co. mitgetragen wird, zur Rettung der saarländischen Selbständigkeit beitragen soll? Ein Land, dessen Schulden wei-

„Es gibt keine Tabus“



Dieses Faksimile aus der SZ vom 31.7.13 lässt kaum Zweifel daran, dass von der Großen Koalition kein Pardon zu erwarten ist.

ter steigen, dessen Bildungs- und Gesundheitsbereich kaputtgespart wird, dessen Arbeitsplätze systematisch ruiniert werden, dessen Kommunen immer mehr Gemeinschaftseinrichtungen schließen müssen - wie sollen solche Städte und Gemeinden interessant für ansiedlungswillige Betriebe sein?

Neue, moderne Unternehmen brauchen eine fortschrittliche Infrastruktur, nicht zuletzt auch fürs Personal, dass seine Freizeit vor Ort genießen will. Wo aber Schwimmbäder, Turnhallen, Kulturstätten u.a. Einrichtungen weggespart wurden, gibt es keine Anreize für neue Betriebe, da geht das Saarland am Ende auch baden.

Marketing soll helfen:

### Geldverschwendung

1,5 Millionen Euro wollen Landesregierung und IHK ausgeben, um für das Saarland Werbung zu betreiben. Mit einem neuen Marketingkonzept sollen die positiven Seiten unseres Landes besonders herausgestellt werden. Es sind aber Zweifel angebracht, ob das dem Land wirklich etwas bringt.

Zu oft schon wurde mit solchen Aktionen (z.B. Das Saarland als „Aufsteigerland“) unnötig viel Geld verschwendet. Am Ende stiegen nur die Landesschulden nach oben. Das könnte sich hier wiederholen. Besser ist es, wenn jeder mögliche Euro statt für Marketing und teure Gutachten in die Verbesserung der Infrastruktur der Kommunen gesteckt und für Arbeitsbeschaffung, Bildung und Kultur verwendet wird. Auf diese Weise würde das Saarland attraktiver und für sich selbst werben.



Land verlangt von Kommunen strikten Sparkurs

Auch Püttlingen wird erpresst, noch stärker mit dem Rotstift zu wüten.

Viel Wahlkampfnebel verschleiert die Wirklichkeit:

## Gedanken zum „Saarländischen Weg“

Bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit klopft sich MP Annegret Kramp-Karrenbauer selbst auf die Schulter und erklärt stolz, wie froh sie ist, den Abbau von 2.400 Stellen im Öffentlichen Dienst „gemeinsam mit den Betroffenen“ zu realisieren. „Die Einigung mit den Gewerkschaften nennt sie ‚historisch‘ und einen ‚Meilenstein‘ in der Geschichte unseres Landes (SZ vom 27.6.13). Dass sich die CDU-Ministerpräsidentin so enthusiastisch mit dem „saarländischen Weg“ brüstet, lässt ihrem sozialdemokratischen Stellvertreter Heiko Maas keine Ruhe, denn immerhin beansprucht die SPD schon lange die Fähigkeit, die Gewerkschaften am Verhandlungstisch zu halten: Gerade erst jetzt „bei dem gemeinsam mit den Gewerkschaften vereinbarten Personalabbau im öffentlichen Dienst“ (SZ 13.8.13) haben wir den „Interessenausgleich gemeinsam ganz gut organisiert“.

Dieser Aussage hat ver.di-Landesleiter Alfred Staudt ganz entschieden widersprochen, denn die Gewerkschaft ver.di Saar habe am 8. Juni 2013 „nicht an diesem Spitzengespräch in der Staatskanzlei teilgenommen, in der der Personalabbau angeblich vereinbart worden ist“ (ver.di-Pressedienst 13.8.13).

**Und es war gut so, dass die Gewerkschaft aus diesen Verhandlungen ausgestiegen ist.** Denn es ging um 65 Millionen Euro, die in einem Jahr eingespart werden sollen. 15 Millionen davon fallen auf die Liquidierung von 2.400 Stellen. Und die restlichen 50 Millionen? Dazu wurden keine konkreten Angaben gemacht.

Aber der Gewerkschaft ver.di war klar, mit dem Kürzungsvolumen von 50 Millionen Euro pro Jahr würde in sehr vielen Bereichen die eigene Mitgliederstruktur direkt negativ betroffen, z.B:

- ◆ im Bereich des öffentlichen und privaten Personen- und Nahverkehrs
- ◆ Kürzungen der Zuweisungen zu den Gemeinden und Städten
- ◆ Kürzungen bei der Zuweisung der Globalhaushalte, Universität, Hoch-

schule für Technik und Wirtschaft sowie andere Forschungs- und Bildungsträger

- ◆ bei den Landesgesellschaften, z.B. beim Flughafen Saarbrücken
- ◆ Kürzungen im Bereich der Krankenhausinvestitionen
- ◆ Streichungen von Zuschüssen für soziale Dienste, Wohlfahrt und kirchliche Einrichtungen

### ver.di sagt: Das ist erst der Anfang!

Um sich nicht mitschuldig zu machen, ist ver.di aus dem Spitzengespräch mit der Regierung ausgestiegen. Was die Streichung von mindestens 2400 Stellen angeht, lehnte ver.di dies massiv ab, weil dadurch eine „Arbeitsverdichtung mit weiteren gesundheitlichen Belastungen für die Beschäftigten“ sowie eine „qualitative und quantitative Verschlechterung der Daseinsversorgung der saarländischen Bevölkerung und der Wirtschaft“ resultiert wäre.

### Mainzer Hbf ein Warnsignal

Wohin Arbeitsverdichtung und Personalmangel führen, wird gerade in diesen Tagen beim Hauptbahnhof in

Hertel: Meine Meinung als langjähriger Gewerkschafter



Ende dieses Jahres werde ich sechs Jahrzehnte der Gewerkschaft angehören. Deshalb kann ich wohl in strittigen Fragen ein Wörtchen mitreden, beispielsweise, ob es richtig war, dass ver.di bei den Verhandlungen mit der Regierung ausgestiegen ist.

Kollege Eugen Roth betonte laut SZ vom 27.6.13: „Nicht zu verhandeln ist ungewerkschaftlich“. Hier kann ich dem DGB-Landeschef leider nicht zustimmen. Es kommt immer darauf an, **worüber** verhandelt wird. Wenn auf der Tagesordnung steht: „Überlegungen für die Erhaltung und Schaffung neuer Arbeitsplätze und Verbesserung der sozialen Lebensbedingungen“, dann sind Verhandlungen sinnvoll. Aber im umstrittenen Falle lautete die klare Ansage: „Abbau von 2.400 Stellen“. Da gibt es dann nichts zu verhandeln, weil man am Ende immer die Zeche zahlen muss. Es kommt auch nicht von ungefähr, dass AKK und Maas, die Gewerkschaften dabei haben wollen; sie können dann immer sagen (das tun sie ja jetzt schon!), die Gewerkschaften sind unsrer Meinung. Nein, so nicht!

Kämpfen ist gewerkschaftlich. Dafür sind sie einst gegründet worden. Auch heute gibt es immer wieder Beispiele, die beweisen: Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft hat schon verloren!

Mainz deutlich. Hier wurde solange gespart und das Personal zu Höchstleistungen angetrieben, bis am Ende gar nichts mehr ging: In den Abend- und Nachtstunden konnte Mainz nicht mehr angefahren werden, da die Bahn das dortige Stellwerk nicht mehr mit Fahrdienstleitern besetzen konnte. So weit darf es in den öffentlichen Einrichtungen des Saarlandes nicht kommen. Wirtschaftsminister Maas behauptet, „sozial gerecht“ sparen zu wollen. Wie er das machen will, hat er nicht gesagt. Das kann er auch nicht, denn da müsste er nämlich die Reichen und Superreichen ins Visier nehmen: z.B. durch die Vermögenssteuer. Leider Fehlannonce!



Karikatur: Bernd Bücking



Am 9. August konnte der Fußballverein 08 Püttlingen das Richtfest für sein neues Umkleidegebäude feiern. Wenn man bedenkt, dass knapp acht Wochen vorher erst der symbolische Spatenstich erfolgte, kann man staunen, welch ein rasantes Tempo hier vorgelegt wurde. Bleibt nur zu hoffen, dass die weiteren Arbeiten bis zur Fertigstellung ebenso rasch vor sich gehen.

Eine Frage, die immer wieder mal gestellt wird:

## Wann kommt endlich der Omnibus-Bahnhof?

Schon lange spielt ein Zentraler Omnibus-Bahnhof (ZOB) als wichtiger Dreh- und Angelpunkt des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) eine herausragende Rolle in den Planungen der Stadt Püttlingen.

Der Standort für den ZOB und die Gestaltung ist weitgehend klar. Schon im September 2009 ist die Realisierung der Maßnahme für das Frühjahr 2010 geplant worden. Daraus wurde nichts, weil einige Grundstücksfragen nicht geklärt werden konnten.

Schon von Anbeginn hatte es Probleme wegen den erforderlichen Flächen gegeben. Immer wieder musste umgeplant und neu verhandelt werden, bis dann in diesem Frühjahr nur noch ein Anlieger übrig blieb, der sich quer legte und die Umsetzung der Planung behinderte. Dabei war die Stadt gar nicht

### Ein Ergebnis falscher Politik

„Die Ausgaben der Kommunen für Investitionen sind nirgends so niedrig wie im Saarland... Ursache der kommunalen Finanzmiserie sind die rot-grünen Steuersenkungen ab 2001, die anschließende Konjunkturfalte bis 2005 und die globale Wirtschaftskrise seit 2008“. So steht's in einem SZ-Kommentar vom 21.8.13. Das bestätigt erneut, wie notwendig eine neue Politik ist.

kleinlich und bot für eine Handtuchfläche großzügigen Ausgleich.

Aber so ist das eben: Da gibt es Eigentümer, die wie eine Glücke auf einem Fetzen Land sitzen und glauben, dort goldene Eier ausbrüten zu können. Und wenn es ihnen gelingen würde, müssten die Steuerzahler letztendlich dafür aufkommen.

Damit ist auch die viel gestellte Frage beantwortet, warum sich die Realisierung des geplanten Omnibus-Bahnhofes so unnötig lange hinzieht: Nicht zuletzt deshalb, weil manche Mitbürger die „Nase nicht vollkriegen“ und ihr persönliches Interesse über das Allgemeinwohl stellen.

Die DKP-Fraktion hofft, dass das vom Stadtrat geplante Vorgehen bald erfolgreich ist und der Zentrale Busbahnhof in nicht allzuweiter Ferne seine Aufgaben erfüllen kann.

Die Einführung des Ringbusses vor vielen Jahren war ja bekanntlich auf große Resonanz gestoßen, heute kann man sich das städtische Leben kaum noch ohne diese Einrichtung vorstellen. Doch im Bereich des ÖPNV gibt es noch vieles zu verbessern und zu ergänzen. Dabei kann der Bus-Bahnhof eine bedeutsame Rolle spielen.



## Streiflichter des kommunalen Geschehens

### Kurz und knapp

Die Buchhandlung Balzert kann in diesen Tagen ihr 100-jähriges Bestehen feiern, wie unlängst aus der Presse zu erfahren war. Denn im August 1913 hat der Buchdruckermeister Alois Balzert eine Druckerei eröffnet und zugleich eine Buchhandlung angemeldet, die seine Schwester leitete. Inzwischen ist die Buchhandlung, die sich seit Beginn der 60er Jahre in der Pickardstraße befindet, zu einer Institution geworden, die höchsten Ansprüchen genügt. Die DKP-Fraktion gratuliert Christel Balzert-Stein und ihren Töchtern ganz herzlich zum Jubiläum.

\*

**Schwester Theodolinde Katzenmaier**, die frühere Seelsorgehelferin und Religionslehrerin der Pfarrgemeinde Ritterstraße, wurde am 21. Juli 1943



durch die Gestapo verhaftet und landete später im Konzentrationslager Ravensbrück. 70 Jahre danach hat die Kirchengemeinde St. Bonifatius

an dieses Ereignis erinnert (Öff. Anzeiger vom 18.7.13) und angekündigt, dass künftig eine Gedenktafel an das mutige Auftreten gegen das NS-Regime erinnern soll. Dieses Vorhaben wird von der DKP-Fraktion ausdrücklich begrüßt. Niemals darf der Widerstand gegen Faschismus und Krieg in Vergessenheit geraten. Bei dieser Gelegenheit sei daran erinnert, dass die mutige Antifaschistin am 25. März 2001 in der Stadthalle posthum mit dem Püttlinger Ankerkreuz ausgezeichnet wurde.

**pro+kontra**

Herausgeber: Stadtorganisation d. DKP in Püttlingen - Verantwortl. f. d. Inhalt: Franz Hertel, Weiherbergstr. 51 - Eigendruck

Abhörskandal trifft Alle:

## Regierende lügen, dass sich die Balken biegen

**Bumms, ein Paukenschlag! Die Menschen sind schockiert. Was der amerikanische Bürger Edward Snowden nach seiner Flucht aus den USA enthüllt hat, ist unfassbar und für viele unerwartet. Die Bundesregierung reagiert, als sei sie völlig überrascht, und will damit nichts zu tun haben. Doch das ist alles Theater. Schon seit Jahren wissen die Regierenden in Berlin, dass die Amis fleißig abhören. Noch schlimmer: Mit Wissen der Kanzlerin Merkel und der „Oppositionspartei“ SPD liefert der BND sogar die notwendigen Daten.**

Der NSA hört mit und liest mit — was immer auf Google und Facebook oder zwischen Apple-Usern und Microsoft-PCs geschieht: PRISM weiß es! Das Programm funktioniert seit sechs Jahren und wurde immer weiter ausgebaut. „Die können im wahrsten Sinne des Wortes sehen, wie Sie beim Tippen Ihre Gedanken ausformulieren“, so ein Insider, den der „Guardian“ zitierte.

**In der Späh-Affäre gibt es genügend Hinweise, dass der US-Geheimdienst NSA die deutschen Bürger zwar systematisch ausspioniert, aber die Daten dafür vom Bundesnachrichtendienst (BND) bekommt.**

Ein interessantes Zitat:

### Vasallen der USA

„Deutschland und die Europäische Union (präsentieren) sich als brave Vasallen der Supermacht USA. Die verantwortlichen Politiker in Berlin, Paris, London oder Wien suchen vergeblich nach guten Argumenten, um ihre willfährige Haltung zu kaschieren ... Ausgerechnet Staaten wie Deutschland, die Snowden also dankbar sein müssten, weil er sie auf systematische Verstöße gegen das Grundgesetz (Artikel 10) hingewiesen hat, schlagen sich auf die Seite jener, die den kriminellen Akt zu verantworten haben“.

**Bernard Bernarding, SZ-Redakteur in der Ausgabe vom 4.7.2013**

## „Big Brother“ und die Datenkrake aus den USA

Der Fall „Prism“: Überwachung der Bürger ist längst Realität

### Empörung über US-Abhörattacke auf Deutschland

Bericht: Washington späht auch EU aus - Berlin für USA nur „Partner dritter Klasse“

### Snowden: BND arbeitet eng mit NSA zusammen

Deutsche mit USA „unter einer Decke“ - Merkel verteidigt Informationsaustausch

Nach einem Bericht der „Berliner Zeitung“ gehen deutsche Sicherheitsbehörden davon aus, dass das Volumen von 500 Millionen NSA-Datensätzen pro Monat auf den BND zurückgeht. Vize-Regierungssprecher Georg Streit sagte, die Zusammenarbeit von NSA und BND sei schon unter Rot-Grün vom damaligen Kanzleramtsminister Steinmeier (SPD) vereinbart worden.

Fest steht, dass sich der Bundesnachrichtendienst mit der Weitergabe von Daten als Handlanger der Obama-Regierung betätigt, die unter dem Deckmantel der Terroristenbekämpfung jede Menge Verbrechen begeht und sich davor fürchtet, dass diese Dinge an die Öffentlichkeit kommen.

Deshalb auch die Angst vor Snowden, der den Abhörskandal enthüllt hat und darum verfolgt wird. Er hat angeblich Geheimnisverrat begangen. Darauf steht in den USA die Todesstrafe, zumindest aber mal Folter und Isolationshaft wie bei Bradley Manning.

Keine Asylgründe, sagen die deutschen

Mit der Meinungsvielfalt in den Medien ist es nicht weit her:

## Die Linke wird zielbewusst untergebuttert

In einer Sonderbeilage der Zeitschrift FORUM (vom 9.8.13) ist nachzulesen:

„Die Linke spielt übrigens für maßgebliche Medien keine bedeutende Rolle. Wenn, dann werden Gysi, Wagenknecht, Lafontaine scharf angegangen, während sich Merkel beim ARD-Sommergespräch am Hauptstadtstudio vor einer Urlaubskulisse an der Spree nur oberflächlich kritische Fragen stellen ließ.“

Wie sehr die Linkspartei von ARD und ZDF geschnitten wird, lässt sich auch in Zahlen belegen, die die ARD/ZDF-Medienkommission vorgelegt hat... Danach waren Politiker der Linkspartei 2012 exakt 612 Mal in den Hauptnachrichten von ARD

Behörden. Denn, so „unser“ Innenminister: Die USA sind ein Rechtsstaat. Wer's glaubt wird selig! Ein Rechtsstaat, der weltweit Todesurteile vollzieht, mit Hilfe von Drohnen, und Hunderte nachweislich Unschuldige seit Jahren in Guantanamo festhält und weiter foltert.

Je mehr Einzelheiten bekannt werden, desto deutlicher wird, dass Kanzlerin Merkel und die Parteien sowohl der Großen wie der aktuellen Koalition allesamt Dreck am Stecken haben. Sie alle müssen den Vorwurf einstecken, das Volk jahrelang hinters Licht geführt zu haben. Deshalb sind sie am 22. September auch nicht wählbar.

Wer eine andere Politik will, muss sich für „Die Linke“ entscheiden. Sie ist (bei allen Vorbehalten, die man haben kann) die einzige Oppositionspartei im Bundestag, die sich klar gegen Kriegseinsätze, Demokratieabbau und sozialen Kahlschlag zur Wehr setzt und dafür auch an Aktionen und Demonstrationen auf der Straße teilnimmt.

und ZDF präsent. Das ist ein Anteil von 6,6 Prozent, gemessen an der Präsenz aller Parteien. Die Grünen hingegen wurden 855 Mal befragt oder zitiert (9,2 Prozent), ohne Grund. Die Oke-Fraktion im Bundestag ist deutlich kleiner als die der Linkspartei, und personell besser aufgestellt sind die Grünen auch nicht. Der Studie zufolge kommt die SPD übrigens auf rund 20 Prozent. Union und FDP hatten zusammen rund 5.500 Auftritte, was in Zahlen ausgedrückt, 60 Prozent Medienpräsenz bedeutet. Bei Sat.1 und RTL spielen die Linken so gut wie keine Rolle...“

Die Linke soll also kleingehalten werden. Da gibt's nur eins: Graadselädds links wählen!